

**Gewerkschaftliche**

**Information**

**Populärwissenschaftliche Schriftenreihe  
Zeitgenössische Standpunkte - Historische Dokumente**



**Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e.V.  
- Förderverein -  
zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung**

**Podiumsgespräch**

**zum Thema**

**Gewerkschaften und Krieg**

**August 2014**

**Berlin**

## **Inhalt:**

- 1 Referat von Prof. Dr. phil em.Horst Bednareck über  
Gewerkschaften und Krieg**
  
- 2. Referat von Werner Ruch  
Die Massenstreiks im ersten Weltkrieg**

---

# **Gewerkschaften und Krieg**

Horst  
Bednareck

## Gewerkschaften und Krieg

Jahrestage, vor allem wenn sie auch welthistorische Ereignisse umfassen, verlangen von uns Fragen und Antworten auf die vielfältigsten Probleme. 2014 ist so ein Jahr, dass von uns verlangt Rede und Antwort zu stehen – Woher? Warum? Wohin? Welche Erkenntnisse und Lehren werden vermittelt?

Im Jahr 2014 jährt sich zum hundertsten Male der Beginn des Ersten Weltkrieges 1914-1918.

Als die deutsche Sozialdemokratie an der Jahrhundertwende das neue, das 20. Jahrhundert begrüßte, schrieb Wilhelm Liebknecht: „Das scheidende Jahrhundert gehörte dem Bürgertum und dem Kapitalismus, das kommende Jahrhundert gehört dem Proletariat, dem Sozialismus und dem Völkerfrieden. „

Das war das von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften erstrebte Ziel ,aber auch die große Illusion.

Schon im Sommer 1914 führten die Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten zum ersten Weltkrieg. Am stärksten hatte das deutsche Monopolkapital und die deutschen militaristischen Kräfte zum Krieg getrieben.

Auf diese drohenden Gefahren hatten die in der II, der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossenen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften immer wieder hingewiesen. Hiervon ausgehend waren sie mehrfach, zuletzt auf dem Internationalen Kongress 1912 in Basel feierlich die Verpflichtung eingegangen, alles notwendige und wirksame einzusetzen, um einen Krieg zu verhindern. Sollte er dennoch ausbrechen, wollten sie alles tun, um ihn rasch zu beenden. Die im Kriegsfall notwendiger Weise entstehende politische und wirtschaftliche Krise wollten sie zur Aufrüttelung der Volksmassen ausnutzen.

Als 1914 die Situation entstand, diese Verpflichtungen einzulösen, wurden die Führer der SPD und der Gewerkschaften ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Schon am 2. August 1914 verkündete die Generalkommission der Gewerkschaften den "Burgfrieden", mit der Regierung Wilhelms II und den Monopolkapitalisten. Als Kern dessen wurde festgelegt, für die Dauer des Krieges jegliche Streiks zu unterlassen. Die demokratischen Grundlagen der Gewerkschaften wurden eingeschränkt, in Zukunft sollten die Vorstände der einzelnen Verbände auf eigene Verantwortung entscheiden. Und sie entschieden – das Streikverbot lieferte die Arbeiter, der sich verstärkten Ausbeutung schutzlos aus.

Noch mehr – sie unterstützten direkt mit gewerkschaftlichen Mitteln, mit den Beiträgen der Mitglieder, die Kriegführung. Millionen wurden aus dem Gewerkschaftsvermögen für Kriegsanleihen gezeichnet.

Bereits die erste Kriegsanleihe 1914 erbrachte 4,4 Milliarden Mark. Die Anleihe vom März 1915 erreichte die Summe von 9 Milliarden Mark, die Kriegseinnahmen waren also verdoppelt. Unter den 2,6 Millionen Zeichnern fanden sich nicht wenige Millionen Mark aus dem Vermögen der Gewerkschaften – am Ende des Krieges nur wertloses Papier.

Darüberhinaus zahlten die Gewerkschaften im ersten Kriegsjahr 1914/1915 rund 32 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung und Kriegsofferrenten – sie übernahmen damit soziale Aufgaben des Staates und förderten so die Kriegsfinanzierung.

Im Verlaufe des Krieges wurde diese Zusammenarbeit der Generalkommission der Gewerkschaften mit der Regierung und dem Generalstab der kaiserlichen Armee noch verstärkt. Ein entscheidender Beleg ist die Mitwirkung am Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916. Für alle Arbeiter vom 16 bis zum 60.

Lebensjahr wurde die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben und de facto alle Arbeiter unter Kriegsrecht gestellt.

Nur auf zwei Folgen dieser Art von Gewerkschafts - politik sei hier verwiesen:

Zum einen führte sie zur bedeutenden Schwächung der Gewerkschaften. Ihre Mitgliederzahl vom 1. Quartal 1914 von 2,5 Millionen sank bis zum Jahresende um eine Million, auf 1,5 Millionen und sank dann bis 1917 noch einmal um eine halbe Million.

Zum Beginn des Krieges kam es nur zu geringen Widerstands – und Streikaktionen. Aber der Widerstand entwickelte sich vom Streik der 200 Geschoss - korbmacher 1915 in Grimma bis zum Munitionsarbeiter- streik vom Januar 1918 mit über einer Million Beteiligten mit ihren Forderungen , sofortiger Frieden ohne Eroberungen, ausreichende Lebensmittel, Aufhebung des Belagerungszustandes, Freiheit für die politischen Gefangenen, Demokratisierung der Staatsverwaltung.

Erst der Sieg der Volksmassen in der Novemberrevolution 1918 hatte auch wichtige Errungenschaften für die Arbeiter – und Gewerkschaftsbewegung zur Folge. Fortan waren das allgemeine und gleiche Wahlrecht, auch für Frauen, die gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages, Anerkennung der Versammlungs – und Vereinigungsfreiheit und des Streikrechts, die Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften zum Abschluss von Tarifverträgen so wie die Wahl von Betriebsräten als gesetzliche Vertretungen der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen, wichtige Waffen im gewerkschaftlichen Kampf.

Das war eine der Voraussetzungen für die Entwicklung der Stärke und der Kampfkraft der Gewerkschaften. Sie entwickelten sich von der einen Million Mitglieder 1917 auf 7,8 Millionen 1922,

eine Zahl, die dann bis 1932 auf 4,7 Millionen Mitglieder zurückging.

Dennoch waren die Gewerkschaften in den dreißiger Jahren, trotz aller Widersprüchlichkeiten in ihrer Arbeit und Politik, ein bedeutender Faktor im Kampf um sozialen Fortschritt, gegen Faschismus und Krieg.

Die eindeutige Stellungnahme und Orientierung der KPD, , wer Hitler wählt, die Faschisten unterstützt und ihre Politik mitträgt, der wählt den Weg des Krieges , lebten im Kampf klassenbewusster Gewerkschafter fort. Zahlreich, wenn auch nicht genügend für den Erfolg des Kampfes, waren Haltungen und Dokumente, die nachwiesen, dass die Politik der Hitlerregierung den hemmungslosen Kurs auf den imperialistischen Krieg bedeutete.

Dieser Zweite Weltkrieg begann im September 1939, dauerte bis Mai 1945 und kostete – um nur eine der fürchterlichsten Folgen zu benennen – 55 Millionen Menschenleben.

Aber als zu diesem Zeitpunkt erneut das Problem Krieg und Frieden Deutschland und die Welt bewegte, gab es in Deutschland keine Gewerkschaften mehr. Sie waren bereits 1933 von der Hitlerregierung zerschlagen worden. Die von den Faschisten geschaffene „ Deutsche Arbeitsfront“ ( DAF ), sie sollten die „ neuen Gewerkschaften „ sein, schufen bereits 1935 in ihrer zentralen Leitung die „ Abteilung Wehrmacht“ . Sie konzentrierte ihre Arbeit auf die Entwicklung der Rüstungsindustrie ,die Vorbereitung des Krieges und die Herausbildung eines „ starken Wehrwillens“ der Arbeiter.

Die Faschisten buhlten diesmal nicht um Gewerkschaftsgelder, um Anleihen, sie raubten das gesamte Gewerkschaftsvermögen. Die Angaben über die Höhe des Raubguts durch ehemals leitende Gewerkschaftsfunktionäre reichten von 140 Millionen Mark

( Hans Gottfurcht ) bis 225 Millionen Mark (Hermann Schlimme ).

Der Ausbruch dieser Katastrophe, des zweiten Weltkrieges im September 1939 , jährt sich im Jahre 2014 zum 75. Male.

Obwohl die freien Gewerkschaften noch vor der Illegalisierung der SPD und der bürgerlichen Parteien und Organisationen von den Nazis verboten worden waren, war der Kampf vieler Arbeiter – ich denke nur an die Hunderttausend Demonstranten im Februar 1933 im Berliner Lustgarten – waren der Kampf zahlreicher Antifaschisten gegen die Naziherrschaft und den Krieg nie vollständig zu unterdrücken. In jeder Phase der Kriegsvorbereitung und des Krieges waren die illegalen gewerkschaftlichen Organisationen und ihre vielfältigen Aktionen für die sozialen Interessen der Arbeiter und gegen den Krieg erkennbar.

In allen besonders zugespitzten Situationen, wo der Frieden auf das äußerste bedroht war, die Kriegsflamme schon züngelte, erhoben die kämpfenden Gewerkschafter aus ihren geschichtlichen Erfahrungen heraus , ihre Stimme für den Frieden und verstärkten ihre Aktionen.

Eine umfassende Beweisführung ist hier nicht möglich, aber einige historische Tatsachen seien angeführt.

1936 putschten in Spanien Generale unter Franco und andere reaktionäre Kräfte gegen die rechtmäßige Regierung der spanischen Republik und führten den Krieg gegen ihr Volk. Sie wurden von 50 000 deutschen und 300 000 italienischen Soldaten und Offizieren unterstützt .Sie waren mit den modernsten Waffen dieser Zeit ausgerüstet . Die deutschen Soldaten verteidigten



jedoch nicht ihr Vaterland, sondern die spanischen Kapitalanlagen der IG – Farben, von Siemens, AEG und von Krupp, sie testeten neue Waffen für den geplanten Krieg, kämpften aber auch für neue, strategische Ausgangspositionen gegenüber Volksfront – Frankreich im kommenden Krieg.

Die „Bauarbeiter – Mitteilungen“ (Nr.5, 1937), die illegale Zeitung der Eisenbahner „Fahrt frei“ (Nr. 1, 1937) sowie Materialien der Seeleute und Hafendarbeiter riefen zur Solidarität mit den in Spanien für Deutschland und den Frieden kämpfenden Interbrigadisten auf.

Aus den Schützengräben des Krieges in Spanien wandten sich deutsche Angehörige der Internationalen Brigaden „Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Gewerkschafter, die freiwillig das Ehrenkleid der Soldaten der republikanischen Volksarmee angezogen haben, an alle deutschen Antifaschisten“. Sie erklärten unter anderem: „Der faschistische Feind, der aus Krupp – Kanonen auf uns schießt, der aus Junkers – Flugzeugen Bomben aus Reinsdorf auf uns wirft, der Feind, der manchen tapferen Kämpfer, der sich als Sozialdemokrat, oder Kommunist, oder Demokrat, oder Gewerkschafter schon in der Heimat bewährte, aus unseren Reihen gerissen hat, schweiß uns im Kampf um die Einheit und den Frieden zusammen.“

Als 1938 die faschistischen Armeen Österreich annectierten, meldete sich der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Heinrich Schliestedt, zu dieser Zeit Vorsitzender der Auslandsleitung der deutschen Gewerkschaften, sofort zu Wort. Er wandte sich an die Gewerkschaften aller Länder, an die sozialdemokratischen Parteien und ihre Internationalen. Er erklärte, dass seiner Meinung nach, die Annexion Österreichs der Sprung von der faschistischen Theorie zur Praxis des Krieges sei. Er schlussfolgerte, dass der Sturz des Faschismus und damit die Erhaltung des Friedens, die zentrale Aufgabe sei.

Auf die Okkupation der Tschechoslowakei im Oktober 1938 und März 1939 reagierte der "Koordinationsausschuss der deutschen Gewerkschaften in Frankreich" in seinen „Gewerkschaftlichen Mitteilungen“ mit dem Artikel „Nach dem „Frieden“ von München“. Hiernach wurde nicht der Frieden gesichert, sondern das nächste kriegerische Abenteuer vorbereitet. München konnte die entscheidende Frage, die Erhaltung des Friedens nicht lösen. Der Weg dahin verlangt den Sturz Hitlers.

Die Gewerkschafter scheuten deshalb auch nicht davor zurück, konkrete Angaben über die Aggressionsvorbereitungen der Faschisten, die Konzentrierung militärscher Kräfte an den Grenzen , den Bau von Straßen u.a.m. zu machen.

Dieser Alarmruf gelangte auch über die gewerkschaftlichen Informationen der Seeleute und Textilarbeiter so wie eine illegale Flugschrift unter dem Tarntitel „ Rassenpolitische Auslandskorespondenz“ unter anderem auch an die Führungen der englischen und französischen Gewerkschaften so wie an den französischen Ministerpräsidenten, Daladier,

Am 1. September 1939 entfesselte der faschistische deutsche Imperialismus mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg.

Neben zahlreichen Politikern und Repräsentanten der Parteien und Gewerkschaften wandte sich das bereits im Mai 1939 gebildete Einheitskomitee sozialdemokratischer Arbeiter und Gewerkschafter in Berlin sofort nach Ausbruch des Krieges „ An unsere Kameraden in den Rüstungsbetrieben, an die gesamte Bevölkerung Berlins!“ Unmissverständlich erklärten sie: „Es ist kein gerechter Krieg , weil er nicht für die Ehre und Freiheit unseres Volkes geführt wird, sondern für die Unterdrückung anderer Völker, für die Annexion anderer Länder.Hitler führt ihn mit dem Ziel ,die Arbeiter anderer Länder derselben Ausbeutung durch das deutsche Großkapital zu unterwerfen , unter der ihr selber schon leidet. Ein derartiger Krieg ist gegen das Volk; es ist ein imperialistischer Krieg.“

Entsprechend rief das Komitee zum Kampf für die Beendigung des Krieges, den Sturz der Hitlerdiktatur und die Wiederherstellung des Friedens auf.

Selbst Reinhard Heydrich, der Chef der Gestapo, wies in einem Geheimdokument an Göring, Goebbels, Himmler und Ley darauf hin, „dass die Gewerkschaften fieberhaft versuchen, illegale Gewerkschaftszellen in den Werftbetrieben auf – und auszubauen und emsig bemüht sind, Verbindungen zu Betrieben in den Haupt – und Großstädten des Reiches zu erlangen.“

Auch im weiteren Verlauf des Krieges vertraten illegale antifaschistische Gewerkschafter ihre Positionen im Kampf gegen den Krieg, für den Frieden.

Sichtbar wurde das vor allem in den Materialien und Schriften deutscher Gewerkschaftsgruppen in England, Schweden, Lateinamerika, und den USA.

Im Juni 1943 sprachen der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Walter Schevenels und Hans Gottfürcht in London zu Themen wie „Die Zukunft der internationalen Gewerkschaftsbewegung“ und „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland“. Hierin legten sie ein eindeutiges Bekenntnis zur Rolle der Gewerkschaften als einheitliche Organisation, als aktive Mitgestalter eines friedlichen, antiimperialistischen und demokratischen Deutschland und einem einheitlichen „Weltbund der Gewerkschaften“ ab.

Auch wenn diese Materialien nur im geringen Maße Deutschland erreichten – die Gewerkschafter in England konnten am Sender BBC mitwirken – war das das nicht von geringer internationaler und nationaler Wirkung.

Unser Verein hat durch seine Dokumentation analoge Analysen und Positionen aus Schweden, Mexiko und den USA übermittelt.

Letztlich sei im Rahmen unserer Problemstellung Gewerkschaften und Frieden noch auf das gewerkschaftliche Programm zum Kampf für den Sturz Hitlers, für ein neues, freies, friedliches und demokratisches Deutschland aus Anlass des 10. Jahrestages der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften 1933 aus Mokau aufmerksam gemacht. Mehrfach erläuterten der antifaschistische Metallarbeiter, Michael Niederkirchner und der ehemalige Abgeordnete des Deutschen Reichstages, Wilhelm Florin, im Deutschen Volkssender die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben, um den Faschismus zu stürzen, den Krieg zu beenden und so den Weg für neue, einheitliche und freie Gewerkschaften freizumachen.

Wie wir heute wissen und bewiesen haben, wurden selbst in der Hölle des K Z – Buchenwald in den Jahren 1943/44 programmatische Positionen zur Zukunft und Rolle einheitlicher Gewerkschaften als Garanten einer friedlichen und demokratischen Entwicklung im Deutschland nach Hitler erarbeitet und 1945 nach der Befreiung verbreitet.

Somit ist bewiesen, das im Friedenskampf der Jahre 1933 – 1945 Tausende klassenbewusste Gewerkschafter beteiligt waren und ihren hohen Anteil leisteten. Sie trugen mit dazu bei, die Ehre und das Ansehen der deutschen Nation zu retten.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ wurde zum entscheidenden Credo jeder neuen freien Gewerkschaft, die nach dem Kriege aufgebaut wurde. Es gab nach der Zerschlagung des Hitlerreiches und der Deutschen Arbeitsfront beim Neuaufbau der freien Gewerkschaften nicht eine Organisation, die sich nicht auf den Boden dieser historischen Lehren und Erfahrungen stellte.

Egal, ob es die Erklärungen und Dokumente der ersten örtlichen Gewerkschaftsorganisationen im März 1945 in Aachen, im April in Watenstedt – Salzgitter, im Mai in Hamburg, im Mansfelder Gebiet, in Leipzig oder Berlin, dann aber auch im

Gründungsdokument des FDGB am 15. Juni 1945 in Berlin waren – überall war die Mitarbeit bei der Sicherung des Friedens und beim Aufbau eines friedliebenden, antifaschistischen und demokratischen Staates die Grundprämisse.

Weil wir oftmals guten Grund hatten die Behinderungen und Verzögerungen des Gewerkschaftsaufbaus in den Westzonen durch die Militärregierungen anzuprangern, sei hier einmal darauf verwiesen, dass die englische und amerikanische Militärregierung erklärte,

„dass sie von den Gewerkschaften erwarten, dass sie nicht nur um die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen für das Wohl ihrer Mitglieder wirken, ...sondern bei der Entnazifizierung und Ausrottung des Militarismus in Deutschland, bei der Schaffung einer dem Frieden dienenden Wirtschaft und bei der Verwirklichung des Planes mitzuwirken, Monopole und Kartelle zu beseitigen.“

Insofern ist verständlich, dass sich in allen programmatischen Dokumenten der 1946/47 in der US – Zone, aber auch im französischen Besatzungsbereich entstehenden Gewerkschaften, aber auch in den Gründungsdokumenten des DGB ( Britische Zone) vom 22.-25. April 1947 in Bielefeld diese Orientierung wiederfindet.

Hier nur ein Beleg dafür: Auf dem 1. Kongress des Gewerkschaftsbundes Württemberg – Baden im August/ September 1946 hieß es klar und deutlich: „Die Gewerkschaften kämpfen für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Ihr Endziel ist eine sozialistische Wirtschaft, ist der Frieden.“

Alle Grundsatzdokumente des DGB von April 1947 bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1949 in München enthalten diese grundsätzliche gesellschaftliche Alternative.

Gegen die dagegen ankämpfenden restaurativen Kräfte dieser Zeit

nahmen die Gewerkschaften nur sehr zurückhaltend den Kampf auf.

Nicht wir, sondern der Außerordentliche Bundeskongress des DGB am 21./ 22. November 1969 in Düsseldorf charakterisierte diese Tatsache so:

“ Die Gewerkschaften protestierten gegen die undemokratischen und gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen der Militärregierungen der Bizone und hielten verbal an ihren grundsätzlichen Forderungen nach gesellschaftlicher Neuordnung fest. Gleichzeitig verzichteten sie in dieser entscheidenden Phase auf den Einsatz ihrer politischen und organisatorischen Macht.“

Damit richtet sich der Blick auf die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ( DGB ) im Oktober 1949 in München und seine Haltung in der Grundfrage - Gewerkschaften, Frieden und Krieg. Dieser Kongress jährt sich 2014 zum 65. Male.

Bei seiner Gründung vereinigte der DGB die Mehrheit aller gewerkschaftlichen Organisationen in der BRD in einer einheitlichen Organisation .Das war zweifellos ein bedeutender Fortschritt für die westdeutschen Arbeiter und Angestellten, bedeutete aber zugleich den Verzicht auf die angestrebte gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit.

In seinen programmatischen Dokumenten bekannte sich der DGB zum Kampf gegen die Überreste des Faschismus, gegen den Militarismus, für den Frieden und die Sicherung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes. Das schloss die Forderung nach der Demokratisierung der Wirtschaft , nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien mit ein.

Unter unserem zentralen Gesichtspunkt , Gewerkschaften - Krieg und Frieden - , wurde der DGB zu einem starken Faktor im Kampf

gegen die Remilitarisierung der BRD und drohende Kriegsgefahren, nicht zuletzt durch die einsetzende Aufrüstung und den sich entwickelnden Waffenexport.

Bereits im August 1950 schlug Adenauer vor, einen deutschen Beitrag zur Aufstellung einer multinationalen, europäischen Armee zu leisten. Daraufhin schufen ehemalige Hitlergenerale, unter ihnen Adolf Heusinger und Hans Speidel, die sogenannte "Eifeldenschrift". Sie enthielt eine exakte Konzeption für die Aufstellung, Gliederung und Bewaffnung einer westdeutschen Armee. Damit war die Auseinandersetzung, die Diskussion, um die Wiederbewaffnung Deutschlands im vollen Gange.

Unter den Losungen des DGB rannten Hunderttausende gegen die Remilitarisierung an. Ganze Organisationsteile und Betriebe forderten den entschiedenen Kampf gegen jede Art einer neuen Wehrmacht, aber auch eines neuen Arbeitsdienstes.

Als Beweis dafür, sei zum einen auf den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung verwiesen. Unter anderem fand er seinen Ausdruck in den zahlreichen Volksbefragungsausschüssen, so u.a. in Dortmund, Duisburg und Hamburg. Von der Belegschaft der Hüttenwerke Hagen - Haspe (Nordrhein- Westfalen) kam der Vorschlag, gemeinsam mit französischen Arbeitern eine europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands einzuberufen.

Zum anderen sei hier auszugsweise auf die zentralen Losungen des DGB zum 1. Mai verwiesen. 1959 lautete sie „Frieden, Freiheit Fortschritt“, im Jahre 1963 „Nicht Atomwaffen, nicht Völkermord“,

Die sich aus dem Vorstoß von Strauß, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, entwickelnde, und von SPD und DGB unterstützte Bewegung „Kampf dem Atomtod“, ausgehend vom

„Göttinger Appell „ von 18 prominenten Atomforschern, konnten schließlich 1,5 Millionen Bürger zum Protest mobilisieren.

Mit dem Nato – Doppelbeschluss von Dezember 1970 auf deutschem Boden Mittelstrecken - Raketen zu stationieren, erreichten die Auseinandersetzungen um Frieden und Abrüstung einen weiteren Höhepunkt. Erinnerung sei nur an die Groß – Demonstration am 10. September 1981. Hieran nahmen 300.000 Menschen , unter ihnen Zehntausende Gewerkschafter teil. Letztere allerdings trotz der hier sichtbar werdenden distanzierten Haltung der Gewerkschaftsführung.

Diese Anstrengungen von Millionen, unter ihnen Hunderttausende DGB Mitglieder, haben zweifellos dazu beigetragen, den Armee – Aufbau und die Aufrüstung der BRD stark zu verzögern – verhindern konnten sie ihn nicht.

Erst 1954 gelang es, die Bundeswehr in die NATO einzugliedern. Das Tempo des Aufbaus der Armee musste mehrfach reduziert werden. Die 12. Bundeswehr – Division konnte erst 1968 aufgestellt werden. Die angepeilte Sollstärke der Armee von 500.000 Mann konnte erst zu Beginn der siebziger Jahre unter dem Verteidigungsminister Helmut Schmidt erreicht werden.

In diesem Zeitraum, beginnend Mitte der fünfziger Jahre, fand eine Umstrukturisierung der SPD statt. Sie fand ihren sichtbaren Ausdruck im Godesberger Programm der SPD von 1959. Hier legte sie ihr Gewand als marxistische Arbeiterpartei ab und definierte ihre Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft neu. Sie propagierte jetzt statt Planwirtschaft und Sozialisierung Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung und bekannte sich zu den Zielen der Bündnis – und Europapolitik der Adenauer – Regierung, also zur NATO und der Westintegration.

Auf dem 5. Ordentlichen Bundeskongress des DGB im September 1959 versuchten leitende Funktionäre der Gewerkschaften offen,



die Gewerkschaften mit der Politik des westdeutschen Monopolkapitals und der Bundesregierung gleichzuschalten. Diesem Ziel diene der Versuch, das Münchner Grundsatzprogramm von 1949 zu revidieren. Vorerst misslang dieser Versuch. In den angenommenen Dokumenten äußerte sich der Wille der westdeutschen Arbeiter gegen den Militarismus, gegen die atomare Aufrüstung und gegen die negativen Folgen für die Lebenslage der Werktätigen zu kämpfen.

Dennoch stellt sich in der Gegenwart, Hier und Heute, mit aller Macht die Grundfrage, wie ist die Haltung und die Stellung des DGB zu Krieg, Frieden und Rüstung. Das ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil daran erinnert werden muss, das nach 1945 bis Heute rund 190 Kriege in der Welt tobten, die noch größere Menschenopfer als der zweite Weltkrieg forderten.

Der Kampf der Völker, nicht zuletzt der Millionen Gewerkschafter in Deutschland, sicherte uns in Europa, einen, wenn auch mitunter sehr brüchigen, Frieden.

Und was kein deutscher Gewerkschafter mehr für Menschenmöglich gehalten hatte, im fünfzigsten Jahr der Gründung der BRD, zehn Jahre nach der Einverleibung der DDR in die BRD, wurde durch die NATO und die Regierung der BRD unter Führung des Sozialdemokraten Gerhard Schröder der Krieg nach Europa, nach Jugoslawien, unter Einsatz deutscher Soldaten getragen.

Heute ( Stand März 2013 ) sind c.a. 5.720 deutsche Soldaten und Offiziere, davon allein 4.500 in Afghanistan, in 13 Ländern oder Standorten in militärischen Einsätzen involviert. Schon mehr als 80 von ihnen verloren ihr Leben. Deutsche Soldaten sind im Kosovo, im Mittelmeer, am Horn von Afrika präsent. Überall wo es knallt und stinkt, in Syrien, Ägypten, in anderen arabischen Staaten und in Staaten Afrikas, mischen die deutsche

Außenpolitik und die Militärs mit.

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die BRD zu einer der größten, weltweiten Rüstungsschmieden und Waffenexporteure mutiert ist.

Der Kampf gegen den Krieg, für den Frieden und Abrüstung schließt auch unabdingbar den Kampf gegen alle neonazistischen, rassistischen und volksverhetzenden Kräfte ein.

Was wir glaubten 1945 und in der Folgezeit für immer geschlagen und politisch und ideologisch überwunden zu haben, versuchen reaktionäre, letztlich blutige Kräfte, wiederzubeleben. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, dann sind es die gerichtsanhängigen Verbrechen und Massenmorde der NSU.

Ein Aufschrei, ein Ankämpfen dagegen, durch die Millionenorganisation des DGB ist nicht zu hören, nicht zu sehen. Aber nur die Millionenmassen der Völker, auch des Volkes der BRD, können und müssen auf der Grundlage der von ihnen selbst geschaffenen Grundsätze des Völkerrechts und der UN – Charta den Frieden erstreiten und sichern.

Im neuen Zeitalter, am Beginn des 3. Jahrtausend, müssen die Gewerkschaften an der Spitze einer breiten Volksbewegung der millionenfachen Verschleuderung von geistigen und materiellen Recourcen für die Rüstung, für den Krieg, ein Ende setzen. Eine derartige Friedenspolitik der Gewerkschaften in unserer Zeit, kann und soll niemals nur die Abwesenheit von Kriegen, die Nichtanwendung militärischer Gewalt sein.

Der DGB muss durch seine Arbeit, durch den Kampf seiner Mitglieder sichern, dass die Anstrengungen für den Frieden, gegen den Krieg und die Aufrüstung zutiefst in den inneren Verhältnissen unserer Gesellschaft wurzeln. Diese Politik muss ihre festen Grundlagen in stabilen demokratischen Verhältnissen,

## Einleitung

Der vorliegenden Schrift liegt das überarbeitete Referat eines im August 2014 vor Gewerkschaftern gehaltenen Vortrages über die Massenstreiks im Ersten Weltkrieg zugrunde. Unmittelbaren Anlass für diesen Vortrag ist das weitgehende Verschweigen des sich entwickelnden Widerstandes im zivilen Leben, besonders aber in der Rüstungsindustrie in den kaum noch überschaubaren Veröffentlichungen über die welthistorische Kriegskatastrophe. Selbst in der großen und in vielem beeindruckenden Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin wurden die Massenstreiks ausgeklammert, sieht man von einem Dokument ab, in dem Generalfeldmarschall Hindenburg Streikende verurteilte.

In den Massenstreiks manifestierte sich denkwürdig der Arbeiterwiderstand in Zeiten des militärischen Ausnahmezustandes. Der Hohenzollern Kaiser Wilhelm II. und die oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff übten faktisch alleine die Macht im Staat aus. Metallarbeiter gingen dem Widerstand voran, in Berlin vor allem die Berufsgruppe der Dreher mit ihrem Branchenvorsitzenden Richard Müller, gestützt auf gewerkschaftliche Vertrauensleute, die sich zur revolutionären Obleutebewegung entwickelte. Besonders viele Frauen, auf deren Schultern die große Last des Krieges drückte, reihten sich in die Streikfront ein. Leider wissen wir wenig über das Schicksal der in der Rüstungsindustrie zur Fronarbeit gezwungenen Kriegsgefangenen.

Die deutschen Linken um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring blieben marxistischen Prinzipien treu. Sie hielten die Internationale hoch. Sie sind in der zur Historie gewordenen Generalstreikdebatte in der Vorkriegssozialdemokratie für den Massenstreik eingetreten und wiesen zugleich anarchistische Streikauffassungen zurück. Rosa Luxemburg setzte sich auf dem Mannheimer Parteitag 1906 mit reformistischen Gewerkschaftsführern wie Carl Legien auseinander und bekämpfte deren Auffassung von der „politischen Neutralität“ der Gewerkschaften. Im gleichen Jahr erschien die Schrift von Rosa Luxemburg „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“. Sie hatte sie im Auftrag der Hamburger sozialdemokratischen Parteiorganisation geschrieben. Als die Heimatfront erste Risse bekam, begann mit dem Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht der erste Massenstreik gegen die beabsichtigte Verurteilung Karl Liebknechts wegen dessen Auftreten auf dem Potsdamer Platz am 1. Mai 1916, zu bröckeln.

Mit dem Erinnern an die Massenstreiks, die schließlich dem Krieg ein Ende setzten und die Novemberrevolution einläuteten, soll auch das Recht auf den politischen Streik und Generalstreik zur Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angemahnt werden.

Werner Ruch

## Massenstreiks im Ersten Weltkrieg

Zu den denkwürdigen Seiten des Arbeiterwiderstandes und des zivilen Ungehorsams gegen Hunger und Krieg, für Demokratie und Frieden gehören vor allem drei politische Massenstreiks vor dem Generalstreik der deutschen Novemberrevolution 1918.

### Zum Beginn der politischen Massenstreikbewegung im Ersten Weltkrieg

Sie begann mit dem Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht Ende Juni 1916. Zu dieser Zeit gab es bereits eine dreiviertel Million Kriegsgesopfer.

Arno Klönne hebt in seinem Buch zur Deutschen Arbeiterbewegung hervor:

*„Nicht die schlechte Ernährungslage, nicht die strapaziösen Arbeitsbedingungen standen im Mittelpunkt dieses ersten Massenstreiks, sondern die Parole: „Freiheit für Karl Liebknecht! Nieder mit dem Krieg!“*

Es waren die Betriebsobleute der Berliner Metallbetriebe des unter rechtssozialdemokratischen Führung stehenden Metallarbeiterverbandes DMV, die zum Streik für Karl Liebknecht, den linken Reichstagsabgeordneten und führenden Kopf der Gruppe Internationale, der späteren Gruppe Spartakus, aufriefen.

Schon vor diesem politischen Solidaritätsstreik gab es öffentliche Proteste und Arbeitsniederlegungen. Am 1. Mai 1916 kam es zu Demonstrationen in Berlin, Dresden, Jena und anderen Orten Deutschlands, denen Streiks folgten.

Vom 1.-5. Mai legten junge Arbeiter in Braunschweig gegen einen Militärerlass, einen Teil des Lohnes einzubehalten, die Arbeit nieder. In Hanau finden in Verbindung mit dem 1. Mai mehrtägige Demonstrationen gegen den Hunger, Preiswucher und gegen den Krieg statt. Zu ähnlichen Aktionen kam es in schlesischen Städten, in Koblenz, Leipzig, Magdeburg und Kiel.

Folgende Statistik von Arno Klönne gibt Aufschluss über die Streikbewegungen 1914-1918:

	<u>Streiks</u>	<u>Zahl der Streikenden</u>
Januar bis Juli 1914	1 199	94 014
August 1914	0	0
August bis Dezember 1914	24	10106
1915	141	12 866
1916	240	124 188
1917	562	651 461
1918	773	1 304 248

Die Angaben zu 1918 lassen den Generalstreik der Novemberrevolution unberücksichtigt (W R.)

### Die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften

Bereits einen Tag nach Beginn des imperialistischen Weltkrieges, für dessen Auslösung der deutsche Imperialismus die Hauptverantwortung trug, beschloss die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften Deutschlands am 2. August 1914, für die Dauer des Krieges Lohnbewegungen einzustellen. Freiwillig wurde auf die Durchführung von Streiks verzichtet und die Einbeziehung der Gewerkschaften in kriegswichtige Maßnahmen des Staates ermöglicht. Wenig später wurde vom Vorsitzenden der Deutschen Industriellenverbände Walter Rathenau, Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätswerke AG, kurz AEG genannt, gönnerhaft ein mit den Kriegsinteressen übereinstimmendes Konzept der Sozialpartnerschaft, „Kriegssozialismus“ genannt, entwickelt. Sein Motto war, wer dem Großkapital Opfer bringt und sich für sein Fortbestehen auch im Kriegsfall mitverantwortlich verhält, soll auch nicht ganz leer ausgehen. Zum Entgegenkommen gehörten ein Nachtbackverbot für Bäcker, die Festsetzung der Ladenschlusszeit auf 19.00 Uhr sowie die Herabsetzung der Altersgrenze der Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre. In dieser Gemengelage wurde am 5. Dezember 1916 das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst verkündet. Jeder Deutsche vom 17. bis zum 60. Lebensjahr wurde während des Krieges hilfsdienstpflichtig. Zwangsverpflichtung drohte allen Beschäftigten in kriegswichtigen Betrieben. Das Recht auf freie Arbeitsplatzwahl wurde aufgehoben.

Im Zusammenhang mit der im Hilfsdienstgesetz vorgeschriebenen Bildung von Schlichtungsausschüssen sah sich Alexander Schlicke, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, genötigt, auf der Generalversammlung Ende Juni 1917 zuzugeben, dass das Hilfsdienstgesetz ein Zwangsgesetz darstelle. Es seien aber Tropfen „sozialen Öls“ hineingekommen, die den Zwang abschwächten.

Zuvor hatte der Generalstabschef Erich Ludendorff gefordert, Streikende als Landesverräter abzuurteilen. Sein Chef, der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, setzte gegen Streikwillige im April 1917 mittels eines öffentlichen Plakates noch eins drauf.

Hernach hatten die Vorstände aller Gewerkschaftsbünde erklärt, dass Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde zu vermeiden sind. *Erhaltung und Sicherheit des deutschen Staates stünden an erster Stelle.*

Erwähnung soll im Zusammenhang mit der Burgfriedenspolitik auch der Rechtfertigungsbrief von Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission sozialdemokratischer Gewerkschaften in Deutschland an Leon Johaux, Präsident der sozialistischen Gewerkschaften Frankreichs finden:

*„Wir verstehen es vollständig, dass die Arbeiterschaft Frankreichs genau wie die Deutschlands in dieser kritischen Zeit bestrebt ist, das Beste des eigenen Landes anzustreben. Wir verdenken es unseren Genossen in Frankreich nicht, dass sie dies tun, wie ich nach Ihrem Schreiben wohl annehmen kann, dass auch Ihrerseits, wegen des gleichen Bestrebens uns keine Vorwürfe gemacht werden. Wir haben bis zum Ausbruch des Krieges alles getan, was in unserer Macht stand, um den Nationen Europas diese fürchterliche Katastrophe zu ersparen. Dass wir nicht stark genug waren, das Unglück zu verhindern, ist bedauerlich, aber nicht unsere Schuld.“*

So sprach man sich gegenseitig vom Bruch mit dem Internationalismus frei und stellte sich auf eine Matte mit den Chauvinisten des eigenen Landes.

#### **„Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.**

Das war dagegen die programmatische Orientierung der deutschen Linken gegen den Krieg. Von ihr ließ sich Karl Liebknecht in dem von ihm verfassten Antikriegsflugblatt der Gruppe „Internationale“ leiten.

Es richtete sich gegen den deutschen Imperialismus, der unentwegt von seinen Kriegszielen abzulenken versuchte. Es war zugleich eine Absage an die von der Vorständekonferenz der Freien Gewerkschaften Deutschlands am 2. August 1914 beschlossene Unterstützung der kaiserlichen Regierung, alle Lohnbewegungen für die Dauer des Krieges einzustellen und den Gewerkschaftsapparat den Erfordernissen der Kriegsführung einzuordnen.

Unsere Großeltern erinnerten sich immer des Kohlrübenwinters 1916/17. Tatsächlich verbanden sich sehr bald nach Kriegsbeginn, durch die Zunahme der Kriegsoffer an den Fronten, seelische Belastungen mit den ersten Engpässen in der Versorgung. Der Kriegsverlauf entsprach nicht den Vorstellungen der Blitzkriegsstrategen. Die Reichsregierung hatte mit einem kurzen Krieg gerechnet. Die Verknappung der Lebensmittel verbunden mit dem schrittweisen Übergang zur Rationierung der Lebensmittel war begleitet von steigenden Preisen. Kolonialwaren blieben ganz aus. Ersatzprodukte wie Kunsthonig und Margarine mussten her. Brot wurde mit Kleie versehen. Höchstpreisverordnungen wurden erlassen. Der Schwarzmarkthandel begann. All dies führte schon Ende 1914, besonders aber im Verlaufe des Jahres 1915, zu Verärgerung in der Bevölkerung.

### „Krawalle“ in Friedrichshain und Kreuzberg

Aufschlussreich über die Stimmung in der Friedrichshainer Bevölkerung ist in dieser Hinsicht ein Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, Herrn Traugott von Jagow, aus dem märkischen Adel kommend, an den Minister des Innern vom 16. Oktober 1915.

*„In den Abendstunden des 14. dieses Monats haben kleinere Zusammenrottungen vor der dort befindlichen Niederlassung der Großbutterfirma Assmann stattgefunden. Die Schaufensterscheiben der Zweigstelle Eberty-/Ecke Straßmannstr. wurden eingeschlagen und die dadurch erreichbaren Lebensmittel (Butter, Eier und Käse) auf die Straße geworfen und gestohlen. Ein weiterer Angriff gegen eine andere, in derselben Straße Ecke Kochannstraße gelegene Zweigniederlassung, hatte nur das Ergebnis des Einschlagens der Fensterscheiben, da die Schutzmannschaft rechtzeitig zur Stelle sein konnte und die Versammelten auseinandertrieb. Es wurden aus diesem Anlass vier Verhaftungen vorgenommen. Leider haben sich die Zusammenrottungen am gestrigen Abend im stärkeren Umfang wiederholt.“*

In Jagows Bericht ist von weiteren Zwischenfällen die Rede. Als Orte werden Geschäfte in der Ebertystraße, Proskauer Straße, Schreinerstraße, Samariterstraße, Frankfurter Allee/Ecke Niederbarnimstraße und im Kreuzberger Südosten, so die Reichenberger Straße, genannt.

Der Polizeipräsident endete seinen Bericht mit der pessimistischen Aussage, angesichts des Drucks der Lebensmittelfrage würden die Ausschreitungen noch einen größeren Umfang annehmen. Er versicherte seinem Minister alles tun, um die Unruhen zu unterdrücken.

### Der Einfluss der Gewerkschaftsführung sinkt, er sinkt aber nicht in die Bedeutungslosigkeit.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es ein Irrtum wäre, anzunehmen, dass mit der Burgfriedenspolitik die Gewerkschaften automatisch in die Bedeutungslosigkeit abgesunken wären. Nicht wenige Arbeiter, nicht nur solche, die dem Chauvinismus huldigten, sahen in ihnen eine notwendige Interessenvertretung. Der Rückgang der Mitgliederzahlen erklärt sich nicht nur aus Enttäuschungen, sondern auch aus dem Militärdienst und den Verlusten an der Front. 1913 gab es etwa 2,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, und 1916 erreichte die Mitgliederzahl mit 994 575 ihren Tiefpunkt. Aber sie wuchs bereits 1917 auf 1,2 Millionen Mitglieder und 1918 auf über 2,8 Millionen. Einer der Gründe für die erneute Zunahme hängt gewiss auch mit der, wenn auch begrenzten, Vertretung mannigfacher Tagesinteressen und dem Taktieren in Streikfragen, auch in Massenstreikfragen, zusammen. Schon nach dem Solidaritätsstreik für Liebknecht treten führende Gewerkschaftsfunktionäre je

nach Stimmungslage mit zunehmend kritischerer Rhetorik zur Regierungspolitik und für die Herbeiführung des Friedens auf. Außerdem war die Lage in den Gewerkschaften unterschiedlich. Im deutschen Metallarbeiterverband ging es an der Basis kämpferischer zu als in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Siehe die Sonderstellung der gewerkschaftlich organisierten revolutionären Obleute im Deutschen Metallarbeiterverband. Aber auch der Einfluss der Obleute war unterschiedlich. Er war in Berlin unter den 52 000 Beschäftigten bei Siemens geringer als unter den 15 000 Arbeitern und Angestellten in den deutschen Waffen und Munitionsfabriken. Außerdem brauchte man einander auch in der Gewerkschaft zwischen „oben“ und „unten“ und sei es nur für innergewerkschaftliche Wahlen. Auch hier ist Differenzierung nötig, zumal sich Widerstand auf örtlicher Ebene und besonders im Deutschen Metallarbeiterverband frühzeitig entwickelte.

### **Gewerkschaftsopposition gegen Burgfriedenspolitik und Krieg**

Die Chronik der IG Metall von 1991 verzeichnet, die Opposition im Metallarbeiterverband gewann immer mehr an Boden.

*„Legien musste zugeben, niemand wisse gegenwärtig, auf welcher Seite die Mehrheit im DMV sei. Die Verbindung der oppositionellen Kräfte mit den unzufriedenen Arbeiter-massen der Kriegsindustrie verstärkte ihren Einfluss. Er wuchs mit jedem Tag, um den sich der aussichtslose Krieg verlängerte.“*

### **Solidaritätsstreik für Karl Liebknecht**

Karl Liebknecht war zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz ausrief: „Nieder mit dem Kriege!“ Im Streikaufruf hieß es:

*„Hoch der Zuchthäusler Liebknecht! Nieder mit dem Kriege“*

In Berlin versammelten sich am Dienstag, dem 27. Juni 1916, abends um 20 Uhr, am Potsdamer Platz 25 000 Demonstranten. Später mit Gewalt zum Alexanderplatz abgedrängt, kam es um 22 Uhr zu einer erneuten Kundgebung. Am Mittwoch begann der Proteststreik in namhaften Berliner Metallbetrieben, vornehmlich auch Rüstungsbetrieben. In einem Streik-Flugblatt sind folgende bestreikte Betriebe aufgeführt: Flugplatz Johannistal, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, AEG Gerichtstraße und Hennigsdorf, Ludwig Löwe, Schwarzkopf, Goertz AG, Titania Werke, Daimler Marienfelde, Hass und Wrede. Ferner wurde in den Betrieben Borsig, Mix und Genest, Knorrbremse, Bergmann und in zahlreichen anderen gestreikt.

Gestattet sei ein Literaturhinweis. Annelies Laschitzka hat in ihrem 2007 erschienen Buch „Die Liebknechts, Karl und Sophie, Politik und Familie“ fesselnd und informativ beschrieben, wie die Verhaftung am 1. Mai auf dem



Potsdamer Platz erfolgte, wie Liebknecht der Prozess gemacht wurde, und sie geht dabei auf den Solidaritätsstreik ein.

In diesem Solidaritätsstreik wird auch für die späteren Gewerkschaftsgenerationen die politische Rolle der Vertrauensleute in den Betrieben deutlich.

Die IG Metall des DGB geht 1981 in ihrer Chronik zum ihrem 90jährigen Bestehen ausführlich auf die Rolle der Vertrauensleute im Liebknecht Solidaritätsstreik ein:

*„An der Demonstration und dem Proteststreik gegen die Verurteilung Karl Liebknachts (1871-1919) zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus im Juni 1916 beteiligten sich die Vertrauensleute der Berliner Betriebe der Metall- und Rüstungsindustrie. Sie wurden später als Organisation der revolutionären Obleute bekannt. Ihr Leiter war Richard Müller (1880, Todesdatum unbekannt), Branchenleiter und Vertrauensmann der Dreher. Die Obleute hatten enge Verbindung zur politischen Opposition, zu der Gruppe um Hugo Haase und Georg Ledebour, die aus der USPD hervorging, wie auch zu der Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknacht, dem Spartakusbund. Sie schlossen sich jedoch keiner von beiden an, sondern begnügten sich, ohne einem festen politischen Konzept zu folgen, mit der Vorbereitung von Antikriegsaktionen, wenn sich dazu Gelegenheit bot.“*

Diese Darstellung regt zu einer Bemerkung zur Behandlung dieses Solidaritätsstreiks in der alten Bundesrepublik an.

Aus welchen Gründen immer, wird in der 1989 veröffentlichten „Kleinen Geschichte der Gewerkschaften“ auf den Solidaritätsstreik für Karl Liebknacht nicht eingegangen. In der 15 Jahre später erschienenen Chronik der SPD von Franz Osterroth und Dieter Schuster wird das Auftreten Karl Liebknachts am 1. Mai 1916 und seine Verhaftung registriert, aber die Solidaritätsstreiks bleiben unerwähnt.

Es gab aber auch in der alten Bundesrepublik Historiker, wie die Marburger Schule um Prof. Dr. Wolfgang Abendroth und ihrer Vertreter, wie Arno Klönne und Bernt Engelmann, die großen Wert auf die Behandlung des genannten Solidaritätsstreiks legten. Sie befanden sich im Konsens mit der Historiographie der DDR und im Dissens mit der sozialdemokratischen Beurteilung dieses Streiks.

Der Liebknacht-Solidaritätsstreik, besonders in den Großbetrieben, versetzte die Burgfriedens-Gewerkschaftsführer in Unruhe. Oberflächlich betrachtet wurde das Anti-Liebknacht-Urteil vollstreckt, aber es wurden die Worte in Erinnerung gebracht „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Carl Legien erinnerte sich wohl seiner Worte in der Generalstreikdebatte auf

dem Mannheimer SPD Parteitag 1906 zur Verhinderung des vorliegenden Generalstreikantrages. Er sagte sie, um dessen Annahme zu unterlaufen:

*„Es wird die Stunde schlagen... Kommt die Stunde, dann ist die Entscheidung schnell getroffen. Dann werden die Massen, wenn konservative Leute an der Spitze stehen, einfach über die Köpfe der Führung hinweg entscheiden. Dann gibt es kein Beschließen nach dem politischen Massenstreik mehr. Dann ist der politische Massenstreik da.“*

Von Legien nicht gewollt, kam es dann so tatsächlich im Ersten Weltkrieg, und das trotz des militärischen Belagerungszustandes und der Stigmatisierung von Streikenden als Vaterlandsverräter.

### **Aprilstreik 1917**

Innenpolitisch kann das Jahr 1917 charakterisiert werden als das Jahr wachsender politischer Auseinandersetzungen. Die Burgfriedenspolitik wird von der Gewerkschaftsführung weiter praktiziert, verliert aber an Einfluss. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nimmt nach dem Steckrübenwinter weiter zu und führt zu größeren Aktionen gegen den Hunger und zur Beendigung des Krieges.

Besonders in außenpolitischer Sicht bezeichnet auch Philipp Scheidemann 1928 in seinen Memoiren eines Sozialdemokraten das Jahr 1917 als „das Jahr der Entscheidung“ So hätte im Laufe des Jahres 1917 der Krieg unter allen Umständen zum Abschluss gebracht werden müssen, wenn Deutschland wenigstens vor dem vollkommenen Zusammenbruch bewahrt bleiben sollte.

*„Zwischen der Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges am Beginn des Jahres und dem ebenso unehrlichen wie kurzsichtigen Verhalten offizieller Stellen gegenüber den Russen am Ende des Jahres, in Brest-Litowsk, sind alle Gelegenheiten zu einer Verständigung zu kommen, verpasst oder absichtlich zerstört worden.“*

Den Verhandlungen in Brest-Litowsk gingen in Russland in einem Jahr gleich zwei Revolutionen voraus, die Oktoberrevolution und kurz vor Ostern 1917 die Februar-Revolution. Außerdem waren die USA gegen Deutschland in den Krieg eingetreten.

Um dem wachsenden Unwillen und Widerstand gegen den Hunger und der Friedenssehnsucht zu begegnen, kündigte der Kaiser in seiner Osterbotschaft am 7. April 1917 Wahlrechtsänderungen nach Beendigung des Krieges an.

Zwar waren im parlamentarischen Raum Wahlrechtsfragen auch während des Krieges ein Thema, aber als Mitte April erneut eine Kürzung der Kartoffel- und Brotationen erfolgte, brach am 16. April 1917 der Aufstand aus und endete am 23. April 1917. Es streikten in Berlin, Halle, Braunschweig, Magdeburg, Bremen und anderen Industriestädten vor allem die Metallarbeiter.

Der Forderungskatalog der in Leipzig Streikenden ist besonders stark politisch akzentuiert. So werden, neben ausreichender Versorgung mit Lebensmitteln, die Aufhebung des Belagerungszustandes und der damit verbundenen Einschränkungen und von der Regierung die sofortige Friedensbereitschaft unter Verzicht von Annexionen, die Freilassung der politischen Gefangenen und ein demokratisches Wahlrecht gefordert. Bedeutsam ist hier bereits die Forderung nach Bildung eines Arbeiterrates. Eine entsprechende Resolution der Streikenden sollten dem Reichskanzler vorgetragen werden.

Allein in Berlin beginnt der Streik in 319 Berliner Betrieben, vorwiegend Rüstungsbetriebe der Metallindustrie. Ungefähr 300 000 Beschäftigte legen die Arbeit nieder. Die Führung des Streiks liegt in den Händen der revolutionären Obleute mit dem Branchenleiter der Dreher im Deutschen Metallarbeiterverband Richard Müller. Sie traten bereits beim Liebknecht-Streik als tragende Kraft hervor. Bereits am ersten Streiktag demonstrierten ca. 50 000 Streikende in großen Zügen zum Stadtzentrum. Auf Veranlassung des Berliner DMV-Vorstandes kommt es zur Bildung einer Kommission für Verhandlungen über die sozialen Forderungen mit zuständigen Regierungsstellen. Sie soll gleichzeitig als ständige Vermittlungskommission beim Magistrat installiert werden. Nach einem Tag Streik gelingt es den reformistischen Gewerkschaftsführern, einen Beschluss über die Wiederaufnahme der Arbeit am 18. April 1917 herbeizuführen. Es kommt zum Abbröckeln der Streikfront, aber Zehntausende streiken noch bis zur militärischen Niederschlagung, teilweise bis zum 23. April, weiter. Zur eigenständigen Leitung des Streiks kommt es in den Werken der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und der Knorrbremse zur Bildung von Arbeiterräten, in denen Spartakus starke Positionen hat.

Wir erinnern uns noch an den Kollegen Paul Geisler, Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB. 1917 arbeitete er in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Darüber schrieb er:

*„Die Berliner Arbeiter wollten die Beseitigung des Krieges unter allen Umständen, sie wussten, dass die Kriegstreiber in der Regierung abtreten und neue Machtverhältnisse unter ihrer Mitwirkung geschaffen werden müssen. So fasste unsere Belegschaft einen solchen Beschluss. Wer hatte uns auch gelehrt, wie man in einer solchen Lage handeln muss und dass mit solchen Beschlüssen noch keine Machtverhältnisse geändert werden“, und er schreibt weiter: „Natürlich landete die Delegation im Gefängnis, und unser Betrieb wurde von den Elisabethanern besetzt“ (Dem Charlottenburger Garderegiment).*

Nicht wenige Mitbegründer des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes waren wie Paul Geisler Teilnehmer der Massenstreiks im Ersten Weltkrieg.

Am dritten Streiktag wurden die Rüstungsbetriebe unter militärische Leitung gestellt und Arbeitsniederlegungen mit hohen Strafen bedroht. Der Chef des Kriegsamtes Generalleutnant Wilhelm Groener erlässt einen entsprechenden Aufruf. Weitere Details sind im historischen Romanwerk Annemarie Langes „Das Wilhelminische Berlin“ zu finden.

Ein kurzes Fazit: Dieser Streik wird als die bisher größte revolutionäre Aktion mit den präzisesten Forderungen zum Friedensschluss im Ersten Weltkrieg eingeschätzt. Bedeutsam ist die erste Bildung von Arbeiterräten in Deutschland, zweifellos auch eine Auswirkung der russischen Februar-Revolution. Andererseits werden aber auch der vorhandene Einfluss der Gewerkschaftsführung, die Kompromissbereitschaft der revolutionären Obleute und die unzureichende Verankerung der Spartakus Gruppe in Betrieben und Gewerkschaften sichtbar. Anfang April 1917 hatte sich die Gruppe Spartakus bei Aufrechterhaltung ihrer revolutionären Plattform der USPD auf deren Gründungsparteitag angeschlossen.

### Januarstreik 1918

In der historischen Publizistik wird der Januarstreik als Munitionsarbeiterstreik bezeichnet.

Nach dem Aprilstreik 1917 kehrte keine Ruhe mehr ein. Der historischen Literatur ist zu entnehmen, immer breitere Teile der Arbeiterklasse, der Angehörigen der Frontsoldaten, der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie, vornehmlich Frauen, gerieten in Bewegung. Fast täglich kam es trotz Belagerungszustandes zu kleinen und größeren Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Die Forderungen nach Massenstreiks verdichteten sich zum Jahreswechsel. Die provisorische Räte-Regierung Russlands hatte unmittelbar nach der Oktoberrevolution als eine ihrer ersten Amtshandlungen den kriegführenden Ländern Verhandlungen für einen Waffenstillstand und einen Frieden ohne Annexionen eingeladen. Am 22. Dezember 1917 begannen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Sowjet-Russland. Über deren Verlauf möchte ich Scheidemanns späterer Erkenntnis nichts hinzufügen.

Verständlich, dass vor allem die Spartakisten um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Käthe Duncker, aber auch Clara Zetkin und viele andere dahin drängten, den Frieden durch Massenstreiks zu erzwingen. Für sie werden zur Verbreitung ihrer Aufrufe und Standpunkte Flugblätter herausgegeben, da sie über keine eigene zentrale Parteizeitung verfügten.

In der zweiten Novemberhälfte 1917 kam es in Berliner Stadtteilen zu Friedensdemonstrationen. Die USPD hatte zu zehn Versammlungen über den Friedensvorschlag der Sowjet-Regierung eingeladen. Diese wurden verboten, und so kam es zu den Friedensdemonstrationen. Es kam zu Lohnstreiks, nicht nur in Großbetrieben Berlins wie bei Daimler. In den folgenden Versammlungen der USPD brodelte es nur so. Aber in der Leitung der USPD gab es viele Bedenken gegen die sich auch in ihrem Büro am Schiffbauerdamm häufenden Streikanträge. Anfang Januar fanden dann in den Räumen der Reichstagsfraktion der USPD Besprechungen statt, die dem ständigen Ausweichen nach klaren Antworten auf die Streikbereitschaft ein Ende setzten und zu einem indirekten Streikaufruf führten. Auf einer Vertrauensleute-Konferenz wurde ein Aktionsausschuss für alle künftigen Massenaktionen gebildet. Georg Ledebour und Sepp Orter wurden als Leiter gewählt. Die ganze Entwicklung erfuhr eine außerordentliche Beschleunigung infolge der Nachrichten über das erpresserische imperialistische Verhalten der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk und durch die Massenstreiks und Aufstände in Österreich-Ungarn und Finnland. Am 14. Januar 1917 begannen die politischen Massenstreiks in Österreich-Ungarn. Wien wurde zum Ausgangspunkt. Sofort griffen die Streiks über auf Brünn, Prag, Budapest, Graz sowie auf ganz Böhmen und Mähren und die Steiermark. Es werden Arbeiterräte gebildet. In Wien wurde die Regierung gezwungen, den Wiener Arbeiter- und Soldatenrat anzuerkennen und sich für einen Frieden ohne Annexionen mit Russland einzusetzen.

In der Nacht vom 27. zum 28. Januar 1918 fielen die Würfel in Deutschland für den Munitionsarbeiterstreik

Während in Finnland am 27. Januar die Revolution ausbrach, begann in Deutschland am 28. Januar der Januarstreik, jener Streik, der als Munitionsarbeiterstreik in die Geschichte eingegangen ist. Am Sonntag, dem 27. Februar 1918, konnte nach der Branchenkonferenz des Berliner Metallarbeiterverbandes schlagartig die Losung herausgegeben werden:

**„Ab morgen wird gestreikt!“**

Punkt 9.00 Uhr -mit der Frühstückspause- streiken in Berlin mehr als 500 000 Arbeiter vorwiegend aus Rüstungsbetrieben. Die Betriebsvertrauensleute wählten am ersten Streiktag einen aus 414 Vertretern verschiedener politischer Richtungen bestehenden Groß-Berliner Arbeiterrat. Es reicht nicht, das Fehlen offizieller Vertreter der Spartakusgruppe damit zu erklären, sie sei der USPD beigetreten. Darauf wird in der Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Teil II, bereits 1966 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben, eingegangen.

Die bereits zitierte Chronik der IG Metall, 15 Jahre später, lässt deutlicher die gewerkschaftlichen Zusammenhänge und dass das Mit- oder Einmischen rechter SPD-Führer erkennen.

Ich zitiere aus dieser Chronik über die letzten Stunden vor Streikbeginn:

*„Die 414 Delegierten der rund 400 000 Streikenden forderten am 28. Januar 1918 im Berliner Gewerkschaftshaus: Frieden ohne Annexionen, Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen, ausgiebige Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Militarisierung der Betriebe, sofortige Freilassung aller Gefangenen, Demokratisierung des Staates, Wahlrechtsreform. Der als Streikleitung eingesetzte elfköpfige Aktionsausschuss unter Richard Müller nannte sich in Anlehnung an das russische Beispiel und die vorangegangene österreichische Streikbewegung, die zur Bildung von Arbeiterräten geführt hatte, ebenfalls Arbeiterrat. Die Parteivorstände der SPD und der USPD wurden aufgefordert, je drei Vertreter in den Aktionsausschuss oder Arbeiterrat zu entsenden, was sie auch taten. Dieser Schritt unterstrich den politischen Charakter der Streikbewegung.“*

Soweit die Chronik der IG Metall.

### **Über die Absichten der SPD-Vertreter im Aktionsausschuss**

Natürlich unterstrich dieser Schritt nicht nur den politischen Charakter des Streiks. Aber worin sahen Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun ihre Aufgabe in der Streikleitung?

Darüber gab Ebert selbst Auskunft im Magdeburger Prozess (9.-23. Dezember 1924). Ich zitiere aus der Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung:

*„Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, den Streik zum schnellsten Abschluss zu bringen.“*

In diesem Prozess hielt das Gericht dennoch Ebert vor, er habe faktisch Landesverrat begangen. Der Journalist, der den Prozess gegen Ebert wegen Landesverrats herbeigeführt hatte, wurde wegen Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ebert war, wie Scheidemann meinte, wegen der Vorhaltung und der geringfügigen Bestrafung des Journalisten enttäuscht von der deutschen Gerichtsbarkeit. Wenig später verstarb der erste Reichspräsident Friedrich Ebert. Ihm folgte dann bekanntlich der Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges Paul von Hindenburg als Reichspräsident.

Über die Beweggründe Eberts, dem Aktionsausschuss, also de facto der Streikleitung, beizutreten, gibt es noch immer unterschiedliche Deutungen. Der Historiker Ewald Riemann schreibt, der SPD war besonders daran gelegen, nicht ihren Einfluss auf die Arbeiter zu verlieren. Ebert wollte die Streikführung nicht

allein dem Spartakusbund überlassen. Dem ersten Teil dieser Einschätzung kann man getrost zustimmen. Aber nicht dem zweiten Teil. Schön wäre es ja gewesen, wenn Spartakus einen großen Einfluss in der Streikleitung besessen hätte. Er war ja nicht einmal personell vertreten. Spartakus wurde als Teil der USPD, wenn auch mit eigenem Programm, nicht befragt, ob er Kandidaten für die Streikleitung vorzuschlagen hätte. Dessen ungeachtet gab es natürlich enge Beziehungen zwischen der Obleutebewegung und Richard Müller persönlich zur Spartakusgruppe, besonders zu Rosa Luxemburg.

Spartakus wird von Riemann in diesem Zusammenhang offensichtlich überbewertet, womit Eberts Heimtücke milder ausfällt.

Ausführlich äußerte sich Philipp Scheidemann in seinen Memoiren.

*„Drei Mitglieder des Parteivorstandes nämlich Ebert, Otto Braun und Scheidemann, die zeitweilig von anderen Kollegen vertreten worden sind, waren auf Wunsch der in Streik genötigten Parteigenossen, gegen den heftigen Widerspruch Ledebours, zum Eintritt in das Streikkomitee gebeten worden.“*

Es erhebt sich die Frage, warum wurden sie von ihren Freunden gebeten? Man kann auch sagen, sie haben sich hineingedrängt, denn Ledebour und andere Vertreter der USPD wandten sich heftig dagegen.

Darauf Scheidemann:

*„Ihre Freunde wussten, dass sie alles tun würden, den Streik nicht nur in ruhige Bahnen zu lenken, sondern durch Verhandlungen mit der Regierung, schnellstens zu Ende zu bringen. Aber das wollten die um Ledebour nicht.“*

Wir können hinzufügen: Und die Gruppe Spartakus ebenfalls nicht. Sie war für die Ausdehnung und Fortsetzung des Massenstreiks, wenn möglich zum Massenkampf zur Beendigung des Krieges und des Sturzes der Hohenzollern Monarchie.

### **Nachlese zum Munitionsarbeiterstreik**

Zum folgenschweren Januarstreik lohnt es, in die Doppelbiographie „Ebert und Ebert“, des kürzlich verstorbenen Historikers Dr. Norbert Podewin, auf die Seiten 172-181 zu schauen.

Es sei noch gestattet, ergänzend auf einige Abläufe zu verweisen. Mitte Januar 1918 wurden die Abgeordneten der USPD von der Leitung der Vertrauensleutebewegung zu einem Informationsgespräch eingeladen. Richard Müller gab einen Informationsbericht über die aufgeheizte Stimmung der Metallarbeiter und informierte, dass ein gewaltiger Massenstreik mit hochpolitischen Forderungen bevorstehe. Ein solches Informationsgespräch fand überhaupt statt, weil, wie Podewin ausführt, die revolutionären Obleute in der USPD ihren parlamentarischen Interessenvertreter sahen. Müllers Ausführungen wurden

unterschiedlich aufgenommen, alte sozialdemokratische Verhaltensmuster schlugen durch, also von Ablehnung bis zum goldenen Mittelweg und schließlich die konsequente unterstützende Haltung von Georg Ledebour und Adolf Hoffmann. Schon zu diesem Informationsgespräch war kein Spartakusvertreter eingeladen. Müller schrieb später, dass man die frühzeitige Bekanntgabe der Beschlüsse fürchtete. Sicher wollte man auch einer Radikalisierung vorbeugen. Tatsächlich erging von Spartakus ein Massenstreikaufruf. Die Befürchtungen Müllers über die Gefahr der Verkündung eines verschärften Belagerungszustandes, der dann ja auch tatsächlich zur Unterdrückung des Massenstreikes führte, war gewiss auch ein Grund für ihn, den Parteivorstand der SPD in den Groß-Berliner Arbeiterrat einzubinden.

Als am dritten Streiktag, also am 31. Januar, die Streikleitung tagte, teilten die SPD-Vertreter mit, dass ein Gespräch ihrer Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt und Gustav Adolf Bauer, beide Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften, mit dem Reichskanzler stattgefunden habe. Der Kanzler wäre bereit zu Verhandlungen, wenn neben dem Streikkomitee auch Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften beteiligt würden.

Podewin beschreibt, wie in der Streikleitung dieser Vorschlag, dieses nicht von ihr autorisierten Gesprächs, von Vertretern der SPD mit dem Kanzler in der Streikleitung aufgenommen wurde:

*„Die USPD-Mitglieder hielten sich bedeckt, doch für die Arbeitervertreter waren die Generalkommissionäre absolut suspekt; gerade durch ihre Ausschaltung war ja der Streik überhaupt erst möglich geworden. Auf Haases Vorschlag kam ein Kompromiss zustande: Der Kanzler solle vier Abgeordnete und fünf Arbeitervertreter zum Gespräch empfangen. Der Regierungschef bestand jedoch auf die Teilnahme der Generalkommission, womit der Plan scheiterte.“*

Soweit Podewins Darstellung.

Der Streikwille war noch ungebrochen. Immerhin hatten sich der halben Million Streikenden in Berlin fast eine Million im ganzen Land angeschlossen. Fast alle industriellen Zentren waren erfasst. Man muss sich das heute vorstellen, dass fast eine Woche die Rüstungsindustrie bestreikt wird.

Als dann aber auch Haase und Ledebour von der USPD die Beendigung des Streiks ansteuerten, standen die noch Streikenden mit ihren Obleuten alleine da. Der Streik außerhalb Berlins bröckelte ab. Richard Müller prophezeite, ein Weitertreiben des Streiks, wie es auch Spartakus befürwortet hatte, würde zu einer blutigen Niederlage führen.

Nach dem Scheitern des von führenden Sozialdemokraten mit dem Kanzler ausgeheckten Planes zur Streikbeendigung, trat der Militarismus an der Heimatfront voll in Aktion. Am nächsten Tag, am 31. Januar, verhängte die



Militärbehörde über Berlin den verschärften Belagerungszustand, verbot Streikversammlungen und Sitzungen des Aktionsausschusses. Sieben Berliner Rüstungsbetriebe werden unter militärische Leitung gestellt. Militär wurde gegen Demonstranten eingesetzt. Die „Scheinsieger“ griffen hart durch. Es hagelte Zuchthaus- und Gefängnisurteile, und revolutionäre Obleute wurden in die Schützengräben geschickt. Die Streikenden zählten sieben Tote und viele Schwer- und Leichtverletzte.

Jetzt wäre nur noch die offene Feldschlacht möglich gewesen. Der Aktionsausschuss beschloss aber, ohne Verhandlungen den Streik abubrechen. Am 4. Februar nahm die Mehrzahl der Streikenden die Arbeit wieder auf.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte wiederholt erklärt, man habe sich nicht mit ihr über den Streik verständigt, und sie habe auch nichts mit ihm zu tun. Die gleiche Position bezog auch der Vorstand des DMV. Streiks lägen nicht im Interesse der Arbeiter, sondern der Gegner Deutschlands. Angesichts der latenten Massenstreikgefahr wurden, in einem im März 1917 erlassenen Aufruf, die Arbeiter aufgefordert, nur den zuständigen Verbandsstellen zu folgen. Unter Bezugnahme auf die Oktoberrevolution in Russland hieß es:

*„Eitel Flunkerei ist es, wenn euch in Flugblättern erzählt wird; ihr braucht nur zu wollen, dann könnt ihr die politische Macht, die Regierungsgewalt an euch reißen.“*

Heftige Kritik löste dieser Aufruf im DMV aus. Sie offenbarte, wie es in der Chronik der IG Metall heißt „... dass nunmehr eine Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre die Politik des Vorstandes verurteilten.“

Der Januarstreik war die größte Aktion für den Frieden im Ersten Weltkrieg. Vor allem ausgeführt von den Metallarbeitern gab er den kämpferischen Auftakt für das Revolutionsjahr 1918 in Deutschland. Der revolutionierende Weg führte von Berlin über Lübeck zum Generalstreik der Novemberrevolution zurück nach Berlin, zum Angriff auf die Machtzentralen der imperialistischen Hohenzollern Monarchie.

### **Weitere Nachlässe von Zeitgenossen auswerten**

Wir haben als Förderverein zur Erforschung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung e.V. zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Jahren die Streikbewegung im Ersten Weltkrieg wieder größere Aufmerksamkeit erfährt. Ich verwies bereits auf Annelies Laschitzka und Norbert Podewin. Ergänzend sei aufmerksam gemacht auf die 2008 erschienenen fünf Beiträge unter dem Titel „Streiken gegen den Krieg! - Die Bedeutung des Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918.“ Sie wurden zu einem Buch zusammengefasst und im VSA-Verlag Hamburg von Chaja Boebel und

---

Lothar Wentzel herausgegeben. Mit dem vorliegenden Thema beschäftigte sich besonders Ottokar Luban in seinem Beitrag. Wie die Bewegung der revolutionären Obleute als Parallelstruktur innerhalb des DMV, dessen offizielle Leitungsorgane den Krieg unterstützten, entstanden war und wirksam wurde, beschreibt Ralf Hoffrogge. Den Namen „Revolutionäre Obleute“ hat, lt. Hoffrogge, diese Bewegung aber erst im November 1918 erhalten.

Sicher wäre es auch der Forschung dienlich die Nachlässe von Mitbegründern der deutschen Gewerkschaften nach der Zerschlagung des Faschismus, die an den Massenstreiks im Ersten Weltkrieg beteiligt waren, weiter zu erschließen.

**Namensregister**

Abendroth, Wolfgang	11
Baer, Gustav, Adolf	
Braun, Otto	16
Boebel, Chaja	
Duncker, Käte	14
Ebert, Friedrich	16, 17
Engelmann, Bernt	11
Geisler, Paul	13
Groener, Wilhelm	13
Hindenburg, Paul von	16
Hofrogge, Ralf	19
Hohenzollern	17
Jagow, Traugott	9
Jogiches, Leo	14
Johaux, Leon	7
Klönne, Arno	6, 11
Lange, Annemarie	13
Laschitza, Annelies	10, 19
Ledebour, Georg	15
Legien, Carl	7, 10, 11, 12
Liebknecht, Karl	6, 8, 10, 11
Luban, Ottokar	19
Ludendorff, Erich	7,
Luxemburg, Rosa	11, 14, 16
Mehring, Franz	14
Müller, Richard	11, 15, 16, 17, 18
Orter, Sepp	15
Osterroth, Franz	11
Pieck, Wilhelm	14
Podewin, Norbert	17, 18, 19
Rathenau, Walter	7
Riemann, Ewald	16
Scheidemann, Phillip	12, 14, 16, 17
Schliecke, Alexander	7
Schmidt, Robert	18
Schuster, Dieter	11
Thalheimer, August	14
Wetzel, Lothar	19
Zetkin, Clara	14

## Quellenverzeichnis der Textauszüge

- Seite 1: Klönne, Arno: Die Deutsche Arbeiterbewegung Geschichte-Ziele-Wirkungen. Büchergilde Gutenberg, 1980, S. 148.
- Seite 2: Leipart, Theodor: Carl Legien Gedenkbuch, Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1929, S. 40-41.
- Seite 9: Dokumente aus geheimen Berichten, Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. Hermann Böhlhaus Nachfolger Weimar, S. 95. STA Potsdam, Pr. Br. 30 Berlin C Polizeipräsidium Nr. 15814, Bl. 31—33.
- Seite 10: 90 Jahre Industriegewerkschaft Metall 1891 bis 1981, Bund-Verlag 1981, S. 186.
- Seite 11: 90 Jahre Industriegewerkschaft Metall 1891 bis 1981, ..., S. 189.
- Seite 12: Legien, Carl: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten zu Mannheim vom 23-29- September 1906.
- Seite 13: Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Carl Reissner-Verlag-Dresden, 1928, S. 385.
- Seite 15: 90 Jahre Industriegewerkschaft Metall....., S. 190.
- Seite 16: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik Teil II von 1917 bis 1945. Dietz Verlag Berlin 1966, S. 12.
- Seite 17: Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten ..., S. 402- 403.
- Seite 18: Podewin, Norbert: Ebert und Ebert, Ost-Edition 1999, S. 177.
- Seite 19: Metallarbeiter-Zeitung, Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 9. März 1918.